



Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!

Aus der Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 22. Oktober 2009

Ausgliederung der Müllabfuhr:

Schwarz-grün scheut öffentliche Diskussion

Ina Bergmann: „Wir fordern eine Sondersitzung des Gemeinderates“

Die KPÖ nimmt nicht hin, dass die schwarz-grüne Koalition ihre Dringlichkeitsanträge zum Thema Haus Graz in der Gemeinderatssitzung am 22. Oktober nicht zugelassen hat und fordert eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderates des Gemeinderates:

KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber: „Anfang März 2009 hat Schwarz/Grün die Grundzüge des Konzeptes „Haus-Graz“ in einer medial wirksamen Inszenierung der Öffentlichkeit präsentiert. Seither - mehr als 7 Monate lang - hat es keine offizielle Information des Gemeinderates über die Pläne gegeben,

obwohl intensive Vorarbeiten im Gange sind, die auf die Ausgliederung wichtiger Bereiche aus dem Magistrat, die Senkung der Beschäftigtenzahl und auf eine Senkung des Gehaltsniveaus für neu eintretende Beschäftigte (Kollektivvertrag) hinauslaufen.

Es ist zu befürchten, dass der Gemeinderat als beschlussfassendes Gremium vor vollendete Tatsachen gestellt werden soll. Die Zukunft des Magistrates Graz und ihrer Beteiligungen wie der Graz AG sind aber zu wichtig, als dass auf eine umfassende öffentliche Diskussion über die Vorhaben von schwarz/grün verzichtet werden kann.

Nicht nur ÖVP und Grüne, sondern auch die anderen in der Stadtregierung und im Gemeinderat vertretenen Fraktionen haben ein Recht darauf, in dieser für die Zukunft der Stadt Graz entscheidenden Frage über den Stand der Diskussion informiert zu sein und ihre Vorschläge einzubringen.“

Ein Hintergrund für die empörende Vorgangsweise von Schwarz-Grün dürfte darin zu suchen sein, dass



Dort sollen die Pläne für die Ausgliederung von Abteilungen und des Personalabbaus auf den Tisch. Klubobfrau Ina Bergmann: „Ich bin mir sicher, dass auch die anderen Oppositionsparteien sich diese Vorgangsweise nicht bieten lassen!“

es in einigen Fragen noch unterschiedliche Standpunkte bei beiden Parteien gibt. Vor einer Einigung in der Koalition will man anscheinend den Gemeinderat und die anderen Parteien nicht befassen. Klubobfrau Ina Bergmann:

„Die KPÖ tritt jedenfalls gegen die Ausgliederung der Wirtschaftsbetriebe und der Müllabfuhr aus dem Magistrat ein und verlangt im Gegenteil die Einbeziehung der AEVG in einen Eigenbetrieb der Stadt.“

SCHULDENSTADT GRAZ

In der Gemeinderatssitzung wurde der Rechnungsabschluss für das 2008 von ÖVP, SPÖ und Grünen abgesegnet, und dies, obwohl er eklatante Fehlentwicklungen in der Finanzpolitik der Stadt aufzeigt. Die KPÖ stimmte dagegen.

KPÖ-Klubobfrau Gemeinderätin Ina Bergmann führte einige Zahlen an: In mittlerweile sieben Immobilienpaketen wurden bereits fast alle stadt eigenen Immobilien in die GBG (Grazer Bau- und Grünlandsicherungs GmbH) ausgelagert, um einmalig Geld ins Budget zu spülen. Die Stadt Graz mietet sie wieder um teures Geld zurück. Bergmann: „Der Schuldenstand der Stadt Graz ist trotz der Auslagerungen zwischen 2001 und 2008 um fast 100 Millionen angestiegen. Gleichzeitig ist aber



auch die Schuldenlast der GBG ebenfalls angestiegen, und zwar von 15 auf aktuell 415 Millionen!“ Trotzdem beschloss schwarz-grün am Donnerstag Immobilienpaket Nr. 8 im Ausmaß von fast 25 Millionen Euro.

„Gleichzeitig wurden in den letzten Jahren die Beteiligungen, wie z.B. die Graz AG, finanziell ausgetrocknet und alle möglichen Reserven aufgebraucht.“

Bergmann stellte klar: „Diese Entwicklung ist nach dem Rechnungsabschluss 2008 nichts Neues. Sie wurde in den vergangenen Jahren von SPÖ und ÖVP hauptverantwortlich ins Rollen gebracht. Wenn heute die SPÖ lautstark gegen die Finanzpolitik von ÖVP/Grüne protestiert, muss doch gesagt werden, dass sie für diese Entwicklung wesentlich mitverantwortlich ist.“

RAT UND HILFE



Wohnungsstadträtin
Elke Kahr - KPÖ,
Tel. 0316 / 872 20 60

Oktober 2009

Anträge und Initiativen der KPÖ in Stadtrat und Gemeinderat:

Heimgarten absichern



Die langfristige Existenz des Heimgartens „Steirischer Panther“ im Grazer Stadtbezirk Lend ist anscheinend nicht ausreichend gesichert. KPÖ-Gemeinderätin Ulrike Taberhofer: „Der Heimgarten zwischen der Laudongasse und der GVB-Strassenbahnremise ist für viele BewohnerInnen ein wichtiges Stück Grün, das sie in liebevoller Klein-

arbeit in ihrer Freizeit bearbeiten. Jetzt haben sich einige Menschen an mich gewendet, da sie wieder einmal Sorge um den Weiterbestand der Heimgartenanlage haben. Es ist ihnen zu Ohren gekommen, dass einzelne Gärten nach Auslaufen der Pachtverträge nicht mehr weitervergeben werden und sie so sukzessive unbestellt bleiben. Diese Strategie soll anscheinend langfristig dazu führen, dass die Grundfläche im Interesse des privaten Eigentümers anders genutzt werden soll.“

Villa Hartenau schützen

Maßnahmen gegen den drohenden Verfall der Villa Hartenau und für die Durchsetzung des Denkmalschutzes für dieses Gebäude verlangt KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber: „Im Jahr 1948 hat die Stadt Graz die idyllische Villa Hartenau erworben und sie als neues Zuhause für damals 60 Mädchen umgestaltet. Insgesamt wurden seit 1948 1.230 Kinder und Jugendliche in der Villa Hartenau betreut.“ (Stadt Graz) Im Jahr 2005 wurde die Villa Hartenau gemeinsam mit der Kindervilla „dezentralisiert“, fünf neue eigenständige Wohngemeinschaften entstanden. Die Villa Hartenau wurde von der Stadt Graz an die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) verkauft, diese veräußerte sie an die Firma Ziko - Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GesmbH der Leibnitzer Fenster- und Türenfirma Zirngast GmbH. Die Villa selbst ist seit Jahren Wind und Wetter preisgegeben, notwendige Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten wurden weder am Gebäude noch am Areal geleistet. Der drohende Verfall der Villa geht unter Umständen Hand in Hand mit möglichen Absichten des Eigentümers, den Denkmalschutz auszuhebeln.“



liengesellschaft (BIG) verkauft, diese veräußerte sie an die Firma Ziko - Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GesmbH der Leibnitzer Fenster- und Türenfirma Zirngast GmbH. Die Villa selbst ist seit Jahren Wind und Wetter preisgegeben, notwendige Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten wurden weder am Gebäude noch am Areal geleistet. Der drohende Verfall der Villa geht unter Umständen Hand in Hand mit möglichen Absichten des Eigentümers, den Denkmalschutz auszuhebeln.“

Mehr Platz für Kinder

Beim Kindergemeinderat richteten die Jugendlichen zahlreiche Fragen an die Stadtregierung. Eine Frage: „Warum gibt es so wenige Spielplätze und Grünflächen in Wohnanlagen?“ Stadträtin Elke Kahr antwortete, dass gerade jetzt ein Projekt des Wohnungsamtes entsteht, das genau diese Forde-

lung berücksichtigt. Außerdem trat sie für mehr Wohnstraßen ein. Elke Kahr: „In einem sozialen Wohnbau, wie ich ihn mir vorstelle - muss Platz für Kinder sein. Die Politiker im Land müssen dabei mithelfen. Nur, wenn der Förderanteil pro Wohnung erhöht wird, kann es mehr Grünflächen geben.

Ehrung für Historiker

Am 5. Oktober wäre der bedeutende Historiker Walter Markov - eigentlich Walter Mulec - (1909 - 1993) hundert Jahre alt geworden. Er wurde am 5. Oktober 1909 als Sohn einer Wienerin sächsischer Herkunft und eines kaufmännischen Angestellten slowenischer Nationalität in Graz geboren. Er lehrte in Leipzig und war eine Autorität in Fragen der Geschich-

te der Balkanländer und der Französischen Revolution. Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch trat für ein Gedenken an Walter Markov in seiner Geburtsstadt ein.

Reininghaus verwildert

Im Herbst 2007 sind auf Initiative der Asset One und mit Hilfe von Förderungsmitteln der EU und der Stadt Graz im Rahmen des Stadtentwicklungsprogrammes Urban Graz West in sogenannten Baumhainen auf den Reininghausgründen 450 Bäume und 2600 Sträucher, gepflanzt worden. Sinn der Aktion sollte eine nachhaltige Grünraumgestaltung für den neuen Stadtteil sein. Diese Bepflanzungsaktion kostete 200.000,- Euro. Nur die Hälfte davon wurde von Asset One

selbst, die andere Hälfte wurde aus Fördermitteln der Stadt Graz und der EU bezahlt. Nach einer PR-wirksamen Bepflanzungsaktion interessiert sich anscheinend niemand mehr für die Pflänzchen. Meterhoch wuchert zur Zeit das Gestrüpp vor sich hin (siehe Foto). Von sogenannten Baumhainen ist nicht viel zu sehen. Klubobfrau Ina Bergmann fragte nach, wer sich um eine Pflege dieser Bäume kümmert.

Straßganger Straße: Schutzinsel

Die Errichtung einer Schutzinsel im Bereich des Schutzweges Straßganger Straße / Salfeldstraße verlangte Gemeinderat Christian Sikora:

Die Straßganger Straße ist eine gekennzeichnete Vorrangstraße mit je einer Fahrspur in beiden Richtungen für den Individualverkehr sowie einer Busspur für zwei Buslinien in Richtung Süden und einem separat neben den Fahrbahnen in Richtung Norden verlaufenden Radweg.

Auf Höhe der Salfeldstraße quert ein ampelgeregelter Schutzweg die Fahrbahnen und den Radweg,

in diesem Bereich befindet sich auch beidseits der Straße eine stark frequentierte Bushaltestelle.

Dort kommt es mehrmals täglich vor, dass eine auf Rot geschaltete Ampel aufgrund der dort vorhandenen extremen Fahrbahnbreite und der an dieser Stelle für die Verkehrsteilnehmer enormen Reizüberflutung leicht übersehen wird. Zahlreiche Bremsspuren vor dem Schutzweg zeugen davon, auch die Unfallstatistik bekundet deren Gefährlichkeit.

Stromabschaltungen: Noch immer kein Frühwarnsystem

Wo bleibt das vom Grazer Gemeinderat im Jänner beschlossene Frühwarnsystem vor Strom- und Heizungsabschaltungen? Diese Frage stellt KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer and en Grazer Bürgermeister.

Schloffer: „Am 15. Jänner 2009 hat der Gemeinderat einen von mir eingebrachten Dringlichkeitsantrag der KPÖ (gegen die Stimmen der FPÖ) angenommen, in dem wir gemeinsam ein Frühwarnsystem bei drohender Strom- und Heizungsabschaltung in Wohnungen fordern. Auch ein Zusatzantrag von ÖVP-Gemeinderat Thomas Rajakovic wurde mehrheitlich angenommen, der vorschlug, dass dieses Frühwarnsystem in einem Arbeitskreis aus MitarbeiterInnen der Graz AG, des Wohnungs- und Sozialamtes



entwickelt werden sollte. Im Gemeinderat hat es eine sehr intensive Diskussion zu diesem Thema gegeben.

Jetzt schreiben wir den Monat Oktober. Unseren Informationen nach gibt es dieses beschlossene

Frühwarnsystem noch nicht. Dabei ist nach Auskunft der Energie Graz die Zahl der Abschaltungen infolge der weltweiten Wirtschaftskrise gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent angestiegen. In den letzten 12 Monaten haben zirka 1.500 Abschaltungen stattgefunden.“ Deshalb die Fragen der KPÖ-Mandatarin: Wann wird in Graz das beschlossene beschlossene Frühwarnsystem bei drohender Strom- und Heizungsabschaltung eingeführt? Bisher gibt es keine positive Antwort.



Alle Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat finden Sie auch unter: www.kpoe-graz.at

